

Polens Demokratie in Gefahr? Die Kaczynski-Brüder an der Macht

Lang, Kai-Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lang, K.-O. (2007). Polens Demokratie in Gefahr? Die Kaczynski-Brüder an der Macht. *Totalitarismus und Demokratie*, 4(1), 45-62. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-310942>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Polens Demokratie in Gefahr?

Die Kaczyński-Brüder an der Macht

Kai-Olaf Lang



Kai-Olaf Lang, Dipl.-Verw. Wiss., geb. 1967, Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP, Anschrift: Ludwigkirchplatz 3–4, 10719 Berlin). 1999–2000 Bundesinstitut für ostwissen-

schaftliche und internationale Studien, Köln. Seit 2001 bei der SWP – Mitglied der Forschungsgruppe EU-Integration. Schwerpunkte: ostmitteleuropäische Länder: Transformation, politische Entwicklungen, bilaterale Beziehungen zu Deutschland, EU-Erweiterung und deren Konsequenzen; sicherheitspolitische Grundfragen Ostmitteleuropas.

Abstract

The 2005 Polish elections resulted in the victory of the national-conservative Law and Justice (PiS). PiS came out as the strongest party of the parliamentary elections, and its candidate Lech Kaczyński was the winner of the presidential contest. The power handover to PiS sparked concerns about the prospects of Polish democracy and the rule of law, since the party and its leaders had called for the creation of a “Fourth Republic”. Moreover, PiS has cooperated with populist and nationalist parties to get majority support for its governments. However, there is no evidence that Poland might embark on a path towards authoritarianism. Rather, the power politics of the PiS administrations could enact the beginning of a form of polarized democracy and consistent majority rule.

Im September 2005 konnte die von den Zwillingenbrüdern Lech und Jarosław Kaczyński dominierte Partei *Recht und Gerechtigkeit* (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) bei den Parlamentswahlen in Polen den Sieg davontragen (siehe Tabelle 1). Ein Stimmenanteil von knapp 27 Prozent für die PiS stellte zwar alles andere als einen Erdrutschsieg dar, doch lag die Partei zur allgemeinen Überraschung eine Nasenlänge vor der favorisierten liberalkonservativen *Bürgerplattform* (Platforma Obywatelska – PO). Obwohl beide Parteien im Vorfeld der Wahlen die Bildung einer großen Koalition der rechten Mitte angekündigt hatten, scheiterten die Verhandlungen über ein PiS-PO-Regierungsbündnis. Der von der PiS gestellte Premierminister Kazimierz Marcinkiewicz sicherte sich angesichts dessen die Unterstützung der nationalkatholischen *Liga der Polnischen Familien* (Liga Polskich Rodzin – LPR), der agrarisch-sozialpopulistischen *Samoobrona* (Selbstverteidigung) und der *Polnischen Bauernpartei* (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL). Zeitgleich mit dem Prozess der Regierungsbildung vollzog sich die Wahl des polnischen Staatspräsidenten. Auch bei diesen rivalisierten die Exponenten

beider großer Parteien, der ehemalige Bürgermeister von Warschau und frühere Justizminister Lech Kaczyński sowie der PO-Vorsitzende Donald Tusk. Und auch hier obsiegte die PiS: Obwohl vielfach davon ausgegangen worden war, dass die polnischen Stimmbürger nach dem Erfolg der PiS in den Parlamentswahlen eine Art Kohabitation wünschten, setzte sich Lech Kaczyński in der Ende Oktober abgehaltenen Stichwahl durch.

Nachdem das Tolerierungsbündnis der PiS-Minderheitsregierung Anfang Mai 2006 (ohne die PSL) in eine formelle Regierungskoalition umgewandelt worden war und PiS-Chef Jarosław Kaczyński im Juli Marcinkiewicz abgelöst hatte, beherrschten die Brüder Kaczyński und ihre Partei die Kommandohöhen der polnischen Politik.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der polnischen Parlamentswahlen vom 25.9.2005

Partei	Stimmenanteil (in %)	Mandate	Anteil an Mandaten (in %)
Recht und Gerechtigkeit, PiS	26,99	155	33,70
Bürgerplattform, PO	24,14	133	28,90
Selbstverteidigung, Samoobrona	11,41	56	12,20
Demokratische Linksallianz, SLD	11,31	55	12,00
Liga der Polnischen Familien, LPR	7,97	34	7,40
Polnische Bauernpartei, PSL	6,96	25	5,40
Polnische Sozialdemokratie, SDPL	3,89	–	–
Demokratische Partei	2,45	–	–
Deutsche Minderheit	0,29	2	0,4
sonstige	4,59	0	–
Summe	100,00	460	100,00

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza (<http://www.wybory2005.pkw.gov.pl/SJM/PL/WYN/M/index.htm>).

All dies wurde in Polen und von externen Beobachtern mit Unbehagen und Skepsis über den Kurs des Landes verfolgt. Dramatisierend waren zahlreiche Stimmen nicht nur im Ausland, sondern auch in Polen selbst. Eine der Oppositionsparteien wollte gar eine breite „Front zur Verteidigung der polnischen Demokratie“ gründen.¹ Jenseits von solchen eher alarmistischen Rufen er-

1 Vgl. Front obrony polskiej demokracji, Interview mit Janusz Onyszkiewicz, dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei, für die Sendung Sygnały Dnia, Erstes Programm des Polnischen Radios vom 2.9.2006 (<http://radio.com.pl/jedynka/news.aspx?iID=6730&c=2>).

scheint es aber durchaus legitim, nach dem Zustand der polnischen Demokratie in den Zeiten der PiS-Herrschaft zu fragen. Denn Zweifel am Regierungsstil der Kaczyńskis gibt es – und das gleich in mehrerlei Hinsicht:

- außenpolitisch – weil die siegreiche PiS und die Gebrüder Kaczyński eine assertive Linie in der Europa- und Außenpolitik angekündigt hatten,
- innenpolitisch – weil die PiS, so scheint es, von Anfang an eine rücksichtslose Haltung gegenüber ihren politischen Gegnern einnahm und eine Regierungskoalition mit nationalistischen und radikalen Parteien bildete,
- gesellschaftspolitisch – weil die neue polnische Regierung angeblich eine Zurückdrängung und Einschränkung der Rechte einiger gesellschaftlicher Minderheiten anstrebt.

Im vorliegenden Text wird die Frage nach der demokratischen Stabilität Polens durch eine Sequenz von vier zusammenhängenden Aspekten ausgeleuchtet:

Erstens: Warum kam es zum Machtwechsel in Warschau? Diese Frage ist wichtig, weil sie helfen soll, die Themen aufzuspüren, mit denen die PiS die Wahlen gewinnen konnte, und zu eruieren, wen die Partei und warum erfolgreich ansprechen konnte. Es handelt sich somit auch um die Frage nach der Basis, auf der die PiS bzw. die gegenwärtige Koalition Politik macht – und vielleicht liefert sie auch erste Hinweise auf die „Nachhaltigkeit“ der PiS-Herrschaft.

Zweitens: Was will die PiS? Wie lässt sich ihr ideologisches Fundament beschreiben? Gibt es politische Leitbilder oder eine „Vision“ von der mittel- und längerfristigen Entwicklung Polens?

Drittens: Was macht die PiS? Welche Schritte hat die PiS-dominierte Exekutive bzw. das Parlament bislang unternommen? Realisiert sie ihr Programm? Wo gibt es Abweichungen von programmatisch avisierten Zielen, realpolitische Kompromisse und Verwässerungen angesichts von politischen, finanziellen oder wirtschaftlichen Handlungsrestriktionen? Ist auch – im Gegenteil zu mannigfaltigen pragmatischen Abschwächungen – eine Verschärfung in der Staatspraxis und im politischen Handeln zu beobachten?

Viertens: Ist dies gefährlich für die demokratische Stabilität? Was ergibt sich aus der Zusammenschau von praktizierten PiS-Politiken? Welche Trends lassen sich aus der Kombination von ideologischen Prämissen und realem Politikansatz extrapolieren? Was bedeutet dies für das Funktionieren der Demokratie in Polen.

I. Ursachen des Wahlsiegs

Die Frage nach den Hintergründen und Ursachen für den Wahlsieg der PiS und der Kaczyński-Brüder kann zunächst *ex negativo* beantwortet und eingegrenzt werden. Anders ausgedrückt: Es gibt eine Reihe von Faktoren, die entgegen der landläufigen Meinung für den Wahlsieg der PiS *nicht* ausschlaggebend waren.

Erstens hat die PiS nicht deswegen reüssiert, weil sie „europaskeptisch“ auftrat. Zweifelsohne gehört die PiS nicht zu den proeuropäischen Vorreitern Polens, sondern akzentuiert immer wieder Vorbehalte am bisherigen Verlauf der europäischen Integration und kritisiert an früheren polnischen Regierungen eine angeblich zu nachgiebige Haltung gegenüber Brüssel.² Allerdings hat die Partei während des Wahlkampfes europakritische Töne keineswegs in den Vordergrund gestellt. Offensichtlich waren sich die Parteistrategen dessen bewusst, dass angesichts einer klar EU-freundlichen Stimmung im Land eine unions skeptische Kampagne kaum Wählerstimmen gebracht hätte. Ein Jahr nach dem polnischen EU-Beitritt und auch während (sowie nach) der Wahlkampfphase war die Akzeptanz der Unionsmitgliedschaft in Polen so hoch wie seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr.³ Drei Viertel der Polen bewerteten die Mitgliedschaft positiv, nur rund 15 Prozent nahmen eine ablehnende Haltung ein. In einer solchen Situation hätte die PiS mit der Hervorhebung europakritischer Elemente die Abkehr von bedeutenden Teilen der Wählerschaft riskiert, zumal sich auch im Elektorat der PiS eine entsprechend hohe Anzahl von Europabefürwortern findet (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft Polens

Partei	Anhänger	Gegner	Unentschlossene
PO	95	1	4
SLD	93	4	4
PiS	76	20	4
Samooobrona	67	24	10
LPR	64	30	5

Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS vom Mai/Juni 2005: Ocena pierwszego roku członkostwa Polski w Unii Europejskiej. Komunikat z badań 115/2005, Warszawa, czerwiec 2005 (http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2005/K_115_05.PDF).

Zweitens konnte die PiS nicht aufgrund einer antideutschen Attitüde obsiegen. Die PiS hegt gewiss beachtlichen Argwohn gegenüber Deutschland. Im Wahlprogramm der Partei wurde Deutschland mit keinem Wort als wichtiger

2 Siehe unten, Abschnitt: „Was will die PiS?“.

3 Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS vom April 2006: Bilans dwóch lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej, Komunikat z badań 76/2006, Warszawa April 2006 (http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2006/K_076_06.PDF).

Nachbar oder besonderer Partner Polens erwähnt, sondern allein im Zusammenhang mit dem Bau der Ostseepipeline thematisiert.⁴ Ein Versuch, im Wahlkampf mit der „deutschen Karte“ auf Stimmenfang zu gehen, wurde unternommen, als Jacek Kurski, der Wahlkampfchef Lech Kaczyńskis, auf die Vergangenheit des Großvaters von Donald Tusk hinwies, der in der Endphase des 2. Weltkriegs in die Wehrmacht eingezogen wurde. Dies wurde mit Tusks angeblicher Deutschlandfreundlichkeit in Verbindung gebracht. Da der Sachverhalt des „Wehrmachtsgroßvaters“ zunächst nicht bestätigt werden konnte, musste Kurski sein Amt niederlegen. Zwar dürfte die „Affäre Kurski“ im harten nationalistischen Elektorat gewisse Mobilisierungseffekte ausgelöst haben, doch schien sie Lech Kaczyński insgesamt eher geschadet zu haben. Insbesondere Wähler der Mitte mussten die Instrumentalisierung der Biographie von Tusks Großvater als politisch unkorrekt empfinden. Hierbei ist auch zu bedenken, dass in der polnischen Bevölkerung auch im Wahljahr 2005 eine ungebrochen hohe Zustimmung für ein enges Verhältnis mit Deutschland bestand. Immerhin war der westliche Nachbar für die meisten Polen ein bevorzugter wirtschaftlicher und politischer Partner. Mehr als 60 Prozent der Polen waren der Ansicht, Deutschland trage durch sein Verhalten in der EU zu einer besseren Zusammenarbeit in Europa bei.⁵ Vor diesem Hintergrund ließ sich kaum durch antideutsche Rhetorik punkten.

Drittens: Fraglich ist, ob die PiS ihre Wähler besser mobilisiert hat als ihre politische Konkurrenz und damit von der niedrigen Wahlbeteiligung (sie lag nur bei 40,6 Prozent) profitieren konnte. Der Umstand, dass die PiS in den Wahlkreisen mit stark unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung hinter ihrem Resultat auf Landesebene zurückblieb, kann als Hinweis darauf gedeutet werden, dass die Partei keineswegs besser in der Lage war, ihre Bataillone in die Wahllokale zu bringen (siehe Tabelle 3). In dieser Hinsicht waren Samoobrona und SLD wesentlich effizienter. Im ersten Fall dürfte der auf den polternden Parteichef Andrzej Lepper zugeschnittene Wahlkampf, bei der SLD hingegen die seit eh und je disziplinierte exkommunistische Anhängerschaft ausschlaggebend gewesen sein.

Entscheidend für den aus Sicht der PiS positiven Wahlausgang waren also andere Gegebenheiten. Insbesondere drei Sachverhalte dürften hierbei eine zentrale Rolle gespielt haben.

Erstens: Die PiS hat als einzige Partei in Polen ein „Projekt“. Man kann Zweifel an der Diagnose der PiS und an der von ihr vorgeschlagenen Therapie haben. Viele Erklärungen erscheinen monistisch, das Weltbild ist manichäisch, und die Lösungsvorschläge sind teils eindimensional, teils inkohärent. Aber: Mit der

4 PiS: Program 2005. IV Rzeczpospolita. Sprawiedliwość dla Wszystkich (<http://www.pis.org.pl>).

5 Instytut Spraw Publicznych: Opinie Polaków o stosunkach polsko-niemieckich po zmianie rządów w obu krajach, Komunikat z badania Instytutu Spraw Publicznych, grudzień 2005 (<http://www.isp.org.pl/files/19977762980863767001134395974.pdf?PHPSESSID=cb09d0a08d6358b468876e66ee7399fd>).

Tabelle 3: Ergebnisse in den Wahlkreisen mit besonders niedriger und besonders hoher Wahlbeteiligung (in Prozent)

	PiS	PO	Samo- obrona	SLD	LPR	PSL
Niedrige Beteiligung	23,0	23,7	14,5	13,7	6,7	7,1
hohe Beteiligung	31,3	27,6	7,3	9,1	8,4	4,9

Quelle: <http://www.wybory2005.pkw.gov.pl/SJM/PL/KOMITETY/dsp.html>.

Idee der *IV. Republik* und dem damit gemeinten Neuanfang (s. u.) hat die PiS – zumindest während des Wahlkampfs – erfolgreich den Versuch unternommen, ein in seinem Anspruch umfassendes Reform- und Gesundheitsprojekt für Polens Staat und die polnische Politik zu platzieren. Damit lancierte sie auch eine Antithese zum technokratischen Nihilismus der exkommunistischen Linken und zum weltanschaulich indifferenten Modernisierungsmantra des sogenannten polnischen Liberalismus – mit all seinen unterschiedlichen Manifestationsformen von der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, über die bürgerrechtsorientierten und linksliberalen Strömungen um das Milieu der *Polnischen Demokraten* (vormals Demokratische Union bzw. Freiheitsunion) bis hin zu den wirtschaftsliberalen Strömungen in der *Bürgerplattform*. Die PiS hat somit den in den Stellungskämpfen reform- und europapolitischer Sachzwangsnarrative verödeten Diskurs über die öffentlichen Dinge reaktiviert, reideologisiert und vor allem repolitisiert.

Zweitens: Die PiS hat erfolgreich die wachsende Diskrepanz zwischen großen Teilen der polnischen Gesellschaft und den bislang dominanten Elitenfraktionen thematisiert und gebündelt. Hierbei ist von einer veritablen Wertelücke die Rede. Bis zu Beginn des Jahrzehnts bestand ein permissiver Konsens in der polnischen Öffentlichkeit. Obwohl es immer Widerstände gegen Tempo und Richtung des sozialökonomischen Transformationspfades gab, blieben diese über zehn Jahre hinweg ein randständiges Phänomen, das sich in spontanen Protestaktionen zumeist sporadisch entlud (Gewerkschafter, Bauern usw.). Politisch bzw. parteipolitisch relevant wurde die radikale Infragestellung des Adaptationsprozesses nur ganz zu Beginn der Transition (durch den Nationalpopulisten Tymiąski bei den Präsidentschaftswahlen von 1990) und nach mehr als einer Dekade (Lepper und seine *Samoobrona* bei den Parlamentswahlen 2001). Das Jahr 2001 ist dabei für die heutige Situation nicht zu unterschätzen: Vor den damaligen Wahlen hatte sich der einstweilen letzte Versuch erschöpft, eine große integrative Sammelpartei bzw. Sammelbewegung der rechten Mitte zu etablieren (*Akcja Wyborcza Solidarność* – Wahlaktion *Solidarność* AWS). Bei den Wahlen wurden dann die Weichen für die mit der Abstimmung vom Herbst 2005 entstandene Situation gestellt: Der rechtszentristische Liberalkonservatismus trennte sich von

den Nationalkonservativen. Die Struktur des bäuerlich-nationalen Lagers wurde festgelegt (PiS, LPR, *Samoobrona*). Erstmals waren links- und nationalpopulistische Parteien stark im Parlament vertreten. Die Integrationskraft der gemäßigten Mitte, insbesondere der SLD, ließ nach.

Auf der Grundlage dieser Struktur der parteipolitischen Auseinandersetzung bestand das Erfolgsrezept der PiS darin, dass sie den in der polnischen Gesellschaft angesammelten Unmut nicht nur artikulierte, sondern auch aggregierte. Es war keineswegs die PiS allein, die im Vorfeld der Wahlen von 2005 Unmut über die politische Klasse zum Ausdruck gebracht hatte. Radikale Gruppierungen wie die LPR oder die *Samoobrona* zeichnen sich ohnehin durch eine traditionell gegen das Establishment gerichtete Stoßrichtung aus. Doch auch die *Bürgerplattform* hatte sich lange als kompromisslose Partei der Erneuerung profiliert. Ihr Antikommunismus, ihre Betonung nationaler Interessen (etwa durch die vom starken Mann der PO, Jan Maria Rokita ausgesprochene Parole „Nizza oder Tod!“⁶) oder ihre Frontalangriffe auf Korruption und Vetternwirtschaft der SLD-Regierungen standen der PiS in keiner Weise nach. Allerdings vermochte es die PiS gekonnter als ihre wichtigste Konkurrentin, die unterschiedlichen Gruppen von Unzufriedenen zu amalgamieren. Während sich die Bürgerplattform – nicht zuletzt durch die offensive Rhetorik der PiS – zu einer urbanen Partei der neuen Mittelklassen verengte, integrierte die PiS eine breitere Klientel von Protestwählern. Dieser Effekt wurde erst in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen manifest, als sich die Elektorate von PiS, *Samoobrona* und LPR hinter Lech Kaczyński versammelten. Das Kaczyński/PiS-Lager, das sich in jenem Moment konstituierte, vereinte kirchennahe Nationalkatholiken, ländliche Wählerschichten, dezidierte Antikommunisten, ältere Personen, „Transformationsverlierer“ und die „verhinderte Mittelschicht“ aus kleineren sowie größeren Städten (Tabelle 4–5).⁷

Tabelle 4: Wer wählte wen? Stimmenanteile für Lech Kaczyński und Donald Tusk in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen 2005 nach Wohnort (in Prozent)

Wohnortsgröße	bis 5 000	5 001 – 10 000	10 001 – 20 000	20 001 – 50 000	50 001 – 100 000	100 001 – 200 000	200 001 – 500 000	Über 500 000
Kaczyński	69,5	66,9	60,5	52,9	51,4	45,4	45,6	41,0
Tusk	30,5	33,1	39,5	47,1	48,6	54,6	54,4	59,0

Quelle: Staatliche Wahlkommission (<http://www.prezydent2005.pkw.gov.pl/PZT/PL/WYN/W/index.htm>).

6 So Jan Rokita während der Parlamentsdebatte im September 2003, in der er dafür plädierte, das im Nizza-Vertrag festgelegte, für Polen günstige Abstimmungsverfahren im EU-Rat beizubehalten.

7 Vgl. Kto wybrał Lecha Kaczyńskiego? In: Gazeta Wyborcza vom 23.10.2005.

Tabelle 5: Wer wählte wen? Stimmenanteile für Lech Kaczyński und Donald Tusk in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen 2005 nach Bildung (in Prozent)

Art der Schule	„Grundschule“	„Berufsschule“	„Mittelschule“	„Hochschule“
Kaczyński	72	67	54	39
Tusk	28	33	46	61

Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GfK Polonia (Exit-Poll) für den Fernsehsender TVN24.

Drittens: „Solidarisches Polen“ vs. „Liberales Polen“: Ein zentraler inhaltlicher Aspekt, über den sich die PiS insbesondere während des Wahlkampfes definierte, war die Betonung sozialer bzw. wirtschafts- und sozialpolitischer Themen. Schon immer hatte die PiS akzentuiert, dass ihr der harte Wirtschaftsliberalismus, wie er etwa von Leszek Balcerowicz, dem Vater der polnischen Wirtschaftsreformen der 90er und späteren Notenbankpräsidenten symbolisiert wurde, fremd ist. Auch wenn in der PiS durchaus strikte Marktwirtschaftler präsent sind (die etwa für Steuersenkungen und Deregulierung eintreten), betonte die Partei ihre soziale Komponente mit näher rückenden Wahlen immer deutlicher. Bereits zu Beginn des Wahljahres erklärte einer der führenden Vertreter der Partei, die PiS werde weder einer „gesellschaftsfeindlichen Politik“ noch weiteren Belastungen für die „Ärmsten, die Ältesten und die Schwächsten“ zustimmen. Gleichzeitig übte man den Schulterschluss mit der Gewerkschaft *Solidarność*.⁸ Insbesondere nachdem Włodzimierz Cimoszewicz, der Präsidentschaftskandidat der exkommunistischen Linken, während des Wahlkampfes auf eine Kandidatur verzichtet hatte, forcierte die PiS ihr Profil als soziale Kraft. Die Partei, oder zumindest ihre Wahlkampfstrategen, hatten erkannt, dass man hiermit aufgrund der Verwaisung der linken Mitte reüssieren konnte. Die PiS und die Kaczyńskis setzten daher alles daran, die Auseinandersetzung mit der *Bürgerplattform* als Richtungsentscheidung und Quasi-Plebiszit darzustellen, bei der es um die Wahl zwischen einem sozialen und solidarischen Polen einerseits und einem egoistisch-liberalen Polen andererseits ging. Ob damit eine dominierende politisch-gesellschaftliche Konfliktlinie etabliert wurde, die in den nächsten Jahren alle anderen Themen überlagern wird, mag man zwar bezweifeln,⁹ doch ist unverkennbar, dass die PiS gleichsam die „soziale Frage“ des posttransformativen Polens angesprochen hat.

Diese drei Faktoren sowie ein dynamischer und früh initiiert Wahlkampf führten in erheblichem Maße dazu, dass die PiS bzw. Lech Kaczyński bei den

8 So die Aussage Ludwig Dorns, des späteren Innenministers der PiS-Regierungen: *Akcja wyborcza Kaczyńskich*. In: *Trybuna* vom 19. 1. 2006.

9 Vgl. Aleks Szczerbiak, „Social Poland“ Defeats „Liberal Poland“: The September-October 2005 Polish Parliamentary and Presidential Election, SEI Working Paper, 86 (2006) (http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/working_paper-social_poland-defeats_liberal_poland.pdf).

Wahlen von 2005 vor der Bürgerplattform bzw. Donald Tusk lagen und in der Folge Legislative und Exekutive beherrschten.

II. Was will die PiS?

Das Kardinalziel der PiS ist der Aufbau einer neuen, der IV. Republik. Diese soll die III. Republik ersetzen – ein „postkommunistisches Monstrum“,¹⁰ das als fauler Kompromiss bei den Verhandlungen am Runden Tisch entstanden sei. Die IV. Republik ist zuvorderst als Negation des 1989 entstandenen Staates gedacht, der als von mächtigen Ex-Nomenklatur-Seilschaften beherrscht und von Korruption und anderen „Pathologien“ zersetzt gilt. Rekonstruktion durch Dekonstruktion: Dies scheint eine der impliziten Devisen der Kaczyński-Brüder zu sein. Es verwundert dabei kaum, wenn der Chef der PiS seine Gruppierung selbst als „Antisystempartei“ bezeichnet.¹¹ Denn aus Sicht der PiS geht es darum, die „Defekte“ der demokratischen Ordnung Polens durch eine Generalrevision des bestehenden politisch-gesellschaftlichen Systems zu beheben, wobei einer Frontalattacke auf die sinistren oligarchischen Netzwerke eine Schlüsselfunktion bei der Etablierung eines „guten“ Staates zukommt.

Doch wie ist die IV. Republik *ex positivo* zu umschreiben? Stellt man die zentralen programmatischen Erklärungen und zahlreiche Aussagen des Führungspersonals der PiS (insbesondere der beiden Brüder) zusammen, so wird eine Reihe ideologischer „Planken“ sichtbar, die in der Summe so etwas wie die Architektur der IV. Republik darstellen. Im Kern lässt sich ein halbes Dutzend solcher Leitlinien und Partialziele ausmachen.

Erstens: Dekommunisierung. Gemeint ist die politische und rechtliche Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft. Dieses Anliegen ist ein altes Kernpostulat der PiS. Obwohl das Thema Ende der 90er Jahre an Brisanz verlor, schob es sich durch die mannigfachen Skandale und Affären der SLD-Administration zwischen 2001 und 2005 wieder ins Zentrum des öffentlichen Interesses. Konkret geht es der PiS dabei um drei große Ziele. Erstens sollen exkommunistische Strukturen aufgedeckt und trockengelegt werden. Dabei sollen nicht zuletzt illegal agierende Zusammenhänge an der Schnittstelle von Wirtschaft und Staat ausgelotet und deren Machenschaften geahndet werden. Zweitens sollen das öffentliche Bewusstsein und die gesellschaftliche Erinnerung an das kommunistische Regime sensibilisiert bzw. gestärkt werden.¹² Und drittens soll die „Durch-

10 Wystąpienie Jarosława Kaczyńskiego na kongresie PiS. In: Gazeta Wyborcza vom 4.6.2006.

11 Ebd.

12 „Wir bringen die Erinnerung an die Geschichte zurück und zeigen, wer wer war. Wir weisen darauf hin, worin das Wesen des Kommunismus und der Volksrepublik bestand.“ PiS: Program 2005. IV Rzeczpospolita. Sprawiedliwość dla Wszystkich (<http://www.pis.org.pl>).

leuchtung“ (*lustracja*) von bestimmten Funktionsträgern auf ihre Zusammenarbeit mit dem früheren kommunistischen Geheimdienst konsequent umgesetzt und der von entsprechenden Maßnahmen erfasste Personenkreis ausgeweitet werden.¹³

Zweitens: Der polnische Staat: Rekonstruktion und Stärkung. Dieses Vorhaben steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Dekommunisierungsprojekt, sind doch in der Lesart der PiS zahlreiche Funktionsprobleme des Staatsapparates darauf zurückzuführen, dass exkommunistische Klientelstrukturen sich seiner bemächtigt haben. Daher wollte die PiS etwa eine ständige parlamentarische „Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit“ einsetzen, die Korruptionsfälle und andere Affären aufklären soll. Flankiert werden soll die Reparatur (*naprawa*) und Gesundung (*sanacja*) des Staats durch eine Verschärfung des Strafrechts, eine Reform des öffentlichen Dienstes und die Auflösung von Institutionen, die als ineffizient empfunden werden – etwa der Landesrat für das Fernsehen und den Rundfunk oder der Rat für Geldpolitik in seiner bisherigen Form. Leitmotiv der Staatsreform ist die Parole: „Säubern, härten, reorganisieren“.¹⁴

Drittens: Werte und moralische Revolution. Die PiS möchte die angebliche moralische Schiefelage der polnischen Gesellschaft zurechtrücken. In ihrem Wahlprogramm war an zwölf verschiedenen Stellen von Moral oder moralischem Handeln die Rede. Bei der moralischen Instandsetzung Polens stellt die Partei neben dem Postulat sozialer Gerechtigkeit den christlichen Wertekanon und den nationalen Zusammenhalt in den Vordergrund. Durch ihre patriotische und katholische Phraseologie gelang es der PiS denn auch, dass von der *Liga der Polnischen Familien* gehaltene „Monopol auf ‚Gott, Ehre, Vaterland‘“ zu brechen.¹⁵

Wie wird eine solche moralische Erneuerung mit dem künftigen, gefestigten Staat verbunden, in ihn eingebettet? Der Kitt ist eine den nationalen Eigenheiten entsprechende Form von *public spirit*, der polnische Republikanismus. Gemeint ist damit, laut Marek A. Cichocki, einer der intellektuellen Speerspitzen im geistigen Umfeld der PiS, kein „fertiges politisches oder institutionelles Projekt, sondern ein Zusammenhang bestimmter kollektiver Zeichen und Verhaltensweisen, die von besonderer historischer Dauer sind“.¹⁶ Cichocki identifiziert etwa die Sorge um das Gemeinwohl, „öffentlichen Egalitarismus“, einen emotionalisierten und auf Würde abzielenden Individualismus oder eine ausgeprägte, im Alltagsleben erfahrbare Religiosität als Elemente des aus der polnischen Adelsrepublik gewissermaßen vererbten Verhaltens- und Normenkomplexes des polnischen Republikanismus. Um eines der grundlegenden Probleme der gegenwärtigen polnischen Realität, nämlich eine tiefe Vertrauenskrise der Bürger und

13 Ebd.

14 Wiza państwa według Kaczyńskich. In: Gazeta Wyborcza vom 15. 2. 2005.

15 Trzy recepty PiS na zwycięstwo. In: Gazeta Wyborcza vom 21. 4. 2005.

16 Marek A. Cichocki, Powrót republikanizmu. In: Rzeczpospolita vom 12. 8. 2006.

eine drohende gesellschaftliche Fragmentierung zu überwinden, sei es unumgänglich, die „Aufsichts- und Kontrollfunktionen des Staates“ wiederherzustellen und parallel dazu die republikanische Tradition in den öffentlichen Raum „einzusetzen“.

Viertens: Soziales und solidarisches Polen. Die von der PiS immer wieder herausgestellte soziale Komponente diene nicht nur taktisch zur Abgrenzung gegenüber der „liberalen“ PO und den oben beschriebenen Wahlkampferrückstellungen, sondern ist integraler Bestandteil des programmatischen Gerüsts der Partei. Die gleichzeitig monierte stärkere wirtschaftliche Rolle des Staates, die Betonung seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung, „insbesondere für die schwächsten sozialen Gruppen“¹⁷, und natürlich, symbolisch zugespitzt, die Ablehnung eines einheitlichen Steuersatzes ist nicht zuletzt eine Konsequenz der Verankerung in der katholischen Welt und der Nähe zur katholischen Soziallehre.

Fünftens: Historische Politik. Für die PiS sind die zumeist tragischen Erfahrungen der polnischen und europäischen Geschichte explanatorisches, handlungsleitendes und identitätsstiftendes Substrat ihrer Innen- und Außenpolitik. Geschichtspolitik erfüllt dabei die Funktion, in der polnischen Gesellschaft und im internationalen Verkehr das Bewusstsein für die historischen Zwangslagen und Verdienste Polens zu wecken und aufrechtzuerhalten. Dadurch soll Verfälschungen und Fehlinterpretationen entgegengewirkt werden. So etwa im Verhältnis zu Deutschland – da man dem westlichen Nachbarn Geschichtsrevisionismus unterstellt, oder bei der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit – wo man Fehlperzeptionen, Gedächtnislücken und positive Konnotationen, die angeblich auch noch in der III. Republik gepflegt wurden, liquidieren möchte. Ein neues historisches Bewusstsein soll „das Fundament der IV. Republik sein“¹⁸ und patriotische Elemente in der polnischen Geschichte unterstützen.

Sechstens: Patriotische Außenpolitik. Die Politiker der PiS wollen die nationalen Interessen Polens konsequent verteidigen. Ihre Vision von der künftigen politischen Ordnung des Kontinents ist die eines „Europas der solidarischen Nationen“. Die EU wird als „Bund der Nationalstaaten“ verstanden, „sämtliche Kompetenzen der EU resultieren aus den Entscheidungen souveräner Länder“.¹⁹ Die PiS vertritt europapolitisch die Linie eines souveränistischen Europa-skeptizismus, kombiniert mit einer tiefgreifenden Deutschland-Skepsis.

Fasst man diese Bausteine des PiS-Weltbildes zusammen, ergibt sich ein sozialkonservativer, souveränitätsorientierter Etatismus. Dieser strebt die Modernisierung Polens an, wendet sich aber gegen nachahmenden „Modernismus“, der aus einer Position sozialkultureller Unterlegenheit westliche Muster reproduziert und somit unter Opferung seiner eigenen Identität in eine Art Imitations-

17 Ebd.

18 So Sejm-Marschall Marek Jurek, *Polityka historyczna fundamentem IV RP*. In: *Gazeta Wyborcza* vom 31. 3. 2006.

19 PiS: Program 2005. IV Rzeczpospolita. Sprawiedliwość dla Wszystkich (<http://www.pis.org.pl>).

falle läuft.²⁰ Die PiS ist in Anbetracht dessen eine neotraditionalistische Partei, die Polens Gesellschaft in eine Gemeinschaft von Gemeinschaften umbauen möchte, welche von einem effizienten, regulierenden und *big government*-orientierten Staat überspannt und durch einen reaktivierten Republikanismus zusammengehalten wird.

III. Was geschieht in der politischen Praxis?

Das Vorhaben der PiS, der Aufbau einer neuen Republik, ist äußerst ambitioniert. Im Grunde will die Partei der Kaczyński-Brüder dort ansetzen, wo ihrer Auffassung nach die Offensive der demokratischen Kräfte nach dem Umbruch von 1989 im Morast stecken blieb – irgendwo in den Jahren 1990–1992, als sich die Philosophie des Schlussstrichs (*gruba kreska*) durchsetzte und Teile der *Solidarność* einen Ausgleich, ja historischen Kompromiss mit der exkommunistischen Linken suchten. Für die Kaczyński-Brüder – einst selbst Bestandteil des evolutionären Übergangsmodells, das am Runden Tische ausgehandelt wurde – ging es darum, eben dieses staatlich-politische Gefüge, das sich seit dem Frühsommer 1989 etabliert hatte, zu überwinden, sobald sich dazu eine Chance bot. Dann sollten die Vertreter des *ancien régime* und Personen, die sich durch die Kollaboration mit dem Kommunismus diskreditiert hatten, von der Macht entfernt werden.²¹ Die PiS will insofern nichts anderes, als den Systemwechsel von 1989 zu finalisieren. Es erstaunt daher auch nicht, dass Jarosław Kaczyński selbst die PiS indirekt als Antisystempartei beschreibt.²²

Wie wird dieses Projekt bislang in die Praxis umgesetzt? Zweifelsohne betreibt die PiS eine entschlossene Machtkonzentrations- und Machtexpansionspolitik. Die Bündelung der politischen Macht in den Händen der Zwillingsbrüder lässt sich nicht zuletzt an einigen Tatbeständen erkennen, die die PiS im Laufe des ersten Jahres schuf. Zunächst ist die PiS eine – gegenüber ihrer Führung – weitgehend vasallisierte Partei. Zwar gibt es in der Partei unterschiedliche Milieus, die nicht zuletzt mit der politischen Sozialisation der Parteimitglieder und Funktionäre zu tun haben (etwa frühere Parteigänger der Zentrumsverständigung und ehemalige Mitglieder der Christlich-Nationalen Vereinigung *Zjednoczenie Chrześcijańsko – Narodowe*; ZChN), doch kann kaum von ausgeprägten ideologischen Strömungen und erst recht nicht von konkurrierenden Flügeln gesprochen werden. Als die Popularität von Premierminister Kazimierz Marcinkie-

20 Vgl. Zdzisław Krasnodębski, *Demokracja peryferii*, Gdańsk 2005.

21 So die Sicht des liberalen Kaczyński-Kritikers Aleksander Smolar, *Radykałowie u władzy*. In: *Gazeta Wyborcza* vom 3.9.2006.

22 „Wir sind eine schwierige Koalition eingegangen, eine Koalition derer, die gegen das System sind.“ *Wystąpienie Jarosława Kaczyńskiego na kongresie PiS*. In: *Gazeta Wyborcza* vom 4.6.2006.

wicz stieg und er mit seinem pragmatischen Kurs auch über die PiS hinaus Beliebtheit erlangte, wurde er als potentieller Rivale rasch ausgebootet.

Damit etablierten die Brüder im Sommer 2006 auch die Doppelspitze mit Jarosław als Ministerpräsident und Lech als Staatsoberhaupt. Obwohl es durchaus Unterschiede zwischen den Zwillingen gibt (so ist Jarosław Kaczyński offensichtlich „nationaler“ und dezidiierter als sein Bruder), gibt es kaum Möglichkeiten, alternative Machtzentren zu diesem Tandem zu etablieren. Auch die Parlamentarier der Partei sind angesichts dessen keine selbstbestimmte Handlungsgemeinschaft, sondern eher eine Mamelucken-Fraktion zur Umsetzung der zentral getroffenen Entscheidungen.

Die Politik der Machtkonzentration erfolgt gleichlaufend mit einer kontinuierlichen Machtausweitung. Hierbei sind Wirtschaft, Justiz, Medien und das Bildungswesen bedeutende Expansionsrichtungen.

Erstens: Insbesondere in strategischen Sektoren, etwa in der Energiebranche oder im Finanzwesen, hat die PiS-Administration durch personalpolitische Maßnahmen ihren Einfluss gesichert. Langfristiges Ziel ist es, nationale Champions aufzubauen. Für Präsident Lech Kaczyński sind Unternehmen wie die Bank PKO BP, die Mineralölkonzerne PKN Orlen und Lotos oder der Kupferproduzent KGHM expansionsträchtige Firmen, die „die Position des polnischen Staats in Europa“ stärken werden.²³ Insbesondere in der Anfangsphase der PiS-Regierungen gab es Konflikte mit der polnischen Zentralbank und deren Präsidenten Leszek Balcerowicz, da die PiS nicht nur dessen stringente Geldpolitik rügte, sondern offensichtlich die Unabhängigkeit der Notenbank einschränken wollte.²⁴

Zweitens: Im Bereich der Innen-, Rechts- und Justizpolitik liegt die Kernkompetenz der PiS. Die Partei selbst hatte sich diese Themen von Anfang an auf ihre Fahnen geschrieben, Lech Kaczyński hatte bereits als Justizminister und als Bürgermeister von Warschau eine härtere Gangart bei der Ahndung von Verbrechen angemahnt und einen konsequenten law-and-order-Kurs verfolgt. Diese Haltung wird durch das Bemühen um Dekommunisierung und die Zerschlagung informeller Netzwerke verstärkt. Es wundert daher wenig, dass die Einrichtung einer Zentralen Antikorruptionsbehörde zu den Leuchtturmprojekten der PiS-Regierungen gehörte. Klar war auch, dass die PiS die Geheimdienststrukturen des Militärs auflösen und restrukturieren würde, da man diesen kriminelle

23 „A dobro Polski“, Gespräch mit Staatspräsident Lech Kaczyński für das erste Programm des öffentlichen polnischen Fernsehens TVP 1 vom 4.1.2007 (<http://www.prezydent.pl/x.node?id=7542974>).

24 Dieser Konflikt dürfte sich nach der Ernennung des PiS-nahen Sławomir Skrzypek Anfang 2007 zum neuen Notenbankchef (die Amtszeit Balcerowiczs war abgelaufen) entschärfen.

Machenschaften und eine Schlüsselstellung für das Funktionieren exkommunistischer Seilschaften zuschrieb.²⁵

Drittens: Weiterhin wird folglich auch die Lustrations- und Dekommunisierungspolitik forciert. Die Auseinandersetzung um die Vergangenheit des Warschauer Erzbischofs Wielgus, der sein Amt aufgrund des Vorwurfs, mit der kommunistischen Staatssicherheit kooperiert zu haben, nicht antreten konnte, zeigte, wie ernst es der PiS-Führung mit ihrem Vorhaben ist. Obwohl sich in einem wichtigen Teil der PiS-Anhängerschaft Widerstand gegen den Rücktritt des Erzbischofs und generell gegen die Lustration von Kirchenführern regte (etwa in der mächtigen, der PiS verbündeten Rundfunkstation Radio Maryja und deren Vorfeldorganisationen), blieb die Kaczyński-Partei entschlossen. Angeblich intervenierte Staatspräsident Lech Kaczyński sogar beim Vatikan, um eine Abberufung des kontroversen Erzbischofs zu erreichen.²⁶ Auch will die PiS-Führung darauf hinwirken, dass nicht nur informelle Mitarbeiter, sondern auch hauptamtliche Bedienstete der kommunistischen Staatssicherheit belangt werden.²⁷ Unabhängig davon brachte die PiS eine (auf Druck des Präsidenten revidierte) Novelle des Lustrationsgesetzes auf den Weg.

Viertens: Besonderes Engagement zeigt die PiS-Administration in Sachen Kultur und Bildung. Hierbei geht es nicht nur um weithin sichtbare Einzelvorhaben wie die Gründung eines Museums der Geschichte Polens, sondern auch um Vorstöße mit Breitenwirkung. Das „Ministerium für Kultur und Nationales Erbe“ (letzteres ein Zusatz, der in PiS-Zeiten zur Bezeichnung des Ressorts hinzugefügt wurde) lancierte das Programm „Patriotismus von morgen“, das Initiativen finanziert, die sich mit Themen aus der polnischen Geschichte beschäftigen. Ziel des Programms ist es, einen „staatsbürgerlichen, spontanen und authentischen Patriotismus von unten zu kreieren“.²⁸ Der LPR-Vorsitzende und für das Schulwesen verantwortliche stellvertretende Premier bzw. Minister Giertych kündigte an, in den Schulen das Fach „patriotische Erziehung“ einzuführen²⁹ (später änderte er seine Pläne und sprach vom Fach „polnische Geschichte“).

Fünftens: Ein früher und gezielter Schritt zur Einfluss-Sicherung in den Medien war die noch Ende 2005 erfolgte Änderung des Gesetzes über den Landesrat für Rundfunk und Fernsehen (KRRiT), durch die die (damals noch inoffizielle) Regierungskoalition dieses wichtige Aufsichts- und Kontrollgremium mit nahestehenden Vertretern besetzen konnte. Darauf folgten Personalrochaden in den öffentlichen Medienanstalten. Ob die von der PiS vorgebrachte Idee eines „Na-

25 Dementsprechend wurde der Militärgesheimdienst WSI im Herbst 2006 zerschlagen, stattdessen wurden eine Abwehr- und eine Aufklärungsstruktur (SKW und SWW) geschaffen.

26 Prezydent interweniował u papieża ws. Wielgusa? In: gazeta.pl vom 8.1.2007 (<http://www.gazeta.pl>).

27 PiS dobije tajne służby PRL. In: Gazeta Wyborcza vom 11.1.2007.

28 So Minister Ujazdowski, zitiert nach: Patriotyzm wczoraj. In: Gazeta Wyborcza vom 26.9.2006.

29 Giertych: „wychowanie patriotyczne“ do szkół. In: Gazeta Wyborcza vom 6.6.2006.

tionalen Zentrums zum Monitoring der Medien“, das etwa den finanziellen Hintergrund einzelner in der Medienbranche tätiger Firmen oder die „Herkunft“ von Journalisten aufhellen soll, umgesetzt wird, ist indes fraglich.³⁰

Dies alles sind gleichsam erste Schritte auf dem Weg zur IV. Republik. Ein Weg, der lang und beschwerlich sein wird und der der PiS vor allem durch ihre renitenten und unberechenbaren Koalitionspartner kompliziert wird. Nicht zuletzt die affärengeschüttelte *Samoobrona* ist eine immense Belastung für die nach moralischer Erneuerung rufenden Kaczyński-Brüder.

Gerade angesichts dubioser Bundesgenossen ist es für die PiS zentral, sich selbst als Partei zu stärken und insbesondere durch die Marginalisierung und Absorption der Koalitionspartner zu einer strategisch dominierenden Gruppierung zu werden: Die PiS will zu einer Volkspartei mit Hegemonialposition avancieren. Daher war es für die Partei wichtig, bei den im Herbst 2006 abgehaltenen Wahlen zu den Selbstverwaltungsgremien der Wojewodschaften und Kommunen ihre Position auf zentraler Ebene durch die Inbesitznahme von Funktionen in den Regionen sowie in Städten und Gemeinden zu ergänzen. Dieses Vorhaben gelang zwar nur teilweise, da die wiedererstarkte Bürgerplattform insbesondere in den politisierten Wahlen zu den Wojewodschaftsparlamenten (Sejmiki) Erfolge verbuchen konnte. Gleichwohl war die PiS in der Lage, 30 Prozent der Sitze in den Sejmiki zu erobern und erreichte damit nur ein leicht schwächeres Resultat als die PO (33 Prozent). In den Stadt- und Kreisräten lag die PiS sogar vor der PO. Insgesamt stellt die PiS mehr als 4 500 regionale und kommunale Amtsträger. Damit wurde die Partei zwar nicht vorherrschende Kraft in Polens Wojewodschaften, Kreisen und Gemeinden, doch hat sie zweifelsohne ihre große zahlenmäßige und funktionale Lücke an der Basis geschlossen.³¹ Ob die PiS sich in eine integrative Catch-all-Partei umwandeln kann, hängt nicht zuletzt damit zusammen, ob es ihr gelingt, ihren bisherigen Sympathisantenkreis über die Milieus von Radio Maryja (sog. *Mohairbarette*), den antikommunistischen Communities, der Gewerkschaft *Solidarność* und den ländlichen sowie kleinstädtischen Bereich hinauszukommen. Die Verankerung in den urbanen Mittelschichten ist indes mit dem Weggang des Pragmatikers Marcinkiewicz und nur vereinzelt „liberalen Gesichtern“ in der Regierung (wie etwa der Finanzministerin Gilowska) nur schwer möglich.

30 Narodowy Ośrodek Monitorowania Mediów pod znakiem zapytania. In: *Gazeta Wyborcza* vom 2. 3. 2006.

31 Die Partei hatte bis Mitte 2006 gerade einmal 13000 Mitglieder. Die PiS-Führung hatte sich zumindest in der Anfangsphase gegen die breite Öffnung der Partei für neue Mitglieder gesperrt, da man den Zustrom kontroverser und skandalträchtiger Personen befürchtete.

IV. Demokratie in Gefahr?

Lassen die unverkennbaren Macht- und Führungsambitionen der PiS und ihrer Führung den Schluss zu, dass die Demokratie in Polen in Gefahr ist? Mit Sicherheit nicht. Selbst wenn die PiS über Verfassungsmehrheiten verfügte, würde Polen kein semiautoritäres Regime nach dem Muster von Vladimír Mečiar Slowakei in den 90er Jahren drohen. Auch bei einer Stärkung der gegenwärtig sichtbaren Tendenzen der machtorientierten Regierungspraxis wird Polen sich nicht in eine solche Richtung bewegen. Das Risiko, dass Polen sich zu einer defekten Demokratie³² entwickelt, wäre dann gegeben, wenn

- Bevölkerungsteile (etwa Minderheiten) vom demokratischen Prozess ausgeschlossen bzw. keine freien und fairen Wahlen abgehalten würden (exklusive Demokratie);
- Grund-, Menschen- und liberale Freiheits- und Bürgerrechte durch die Regierung außer Kraft gesetzt und der Rechtsstaat in seiner Funktion beschädigt würde (illiberale Demokratie);
- organisierte Interessen eine verdeckte Veto-Macht ausüben (Enklavendemokratie);
- das Parlament umgangen, die Justiz von der Regierung kontrolliert würde und sich eine Führerdemokratie mit plebiszitären Elementen herausbildete (delegative Demokratie).

Keiner dieser Subtypen von defekten Hybridmodellen der Demokratie dräut in Polen am Horizont. Denn selbst wenn die PiS ein quasiautoritäres System etablieren wollte, was eindeutig nicht ihr Ziel ist,³³ gäbe es bedeutende Sperrklinken, die einen solchen Prozess der schleichenden oder rasanten Aushöhlung demokratischer Grundsätze verhindern würden. Dazu gehören die privaten Medien, die in Gestalt einflussreicher Fernsehsender (etwa TVN) oder großer Tageszeitungen (allen voran die *Gazeta Wyborcza*) beachtlichen, ja konstitutiven Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen können. Nicht zu unterschätzen ist auch das internationale Umfeld, insbesondere der europäische Kontext, in den Polen eingebunden ist. Schwerwiegende Verletzungen von Grundwerten, Menschenrechten oder demokratischen Prinzipien würden unmittelbar Druck von internationaler Seite, nicht zuletzt der Europäischen Union, auslösen. Vor solcher, bis hin zu Sanktionen reichender Kritik wird sich jede polnische Regierung scheuen. Eine elementare demokratische Sicherheitsvorkehrung ist auch die Justiz, genauer die Verfassungsgerichtsbarkeit. Mehrfach hat der polnische Verfassungsgerichtshof Initiativen der Kaczyński-Partei verhindert oder abgeschwächt. So wurde das Nominierungsverfahren zum Landesrat für Funk und

32 Vgl. Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle/Aurel Croissant (Hg.), *Defekte Demokratien*, Bd. 1: Theorien und Probleme, Opladen 2003.

33 Darauf weist etwa das Verfassungsprojekt der Partei hin, das zwar die einzelnen Kompetenzen des Staatspräsidenten ausweiten würde, aber keineswegs eine präsidentiale Republik errichten möchte. Vgl. Projekt konstytucji IV RP (<http://www.pis.org.pl>).

Fernsehen (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) moniert, wurde die Öffnung der Berufsverbände von Anwälten (sog. Korporationen) ans Parlament zurückverwiesen³⁴ und wurden die Möglichkeiten von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen eingeschränkt.³⁵ Jarosław Kaczyński sprach daher davon, man müsse angesichts solcher Urteile auch über die politische Rolle des Verfassungsgerichts diskutieren, und warf den obersten Hütern der polnischen Rechtsordnung vor, sie würden das „öffentliche und wirtschaftliche Leben pazifizieren“ und durch ihre Rechtsinterpretation den Staat und seine Institutionen schädigen. Außerdem scheine bei den Richtern durch, dass sie mit der exkommunistischen Linksallianz verbunden seien.³⁶ Allerdings beachtete die PiS-Führung die Urteilssprüche des Verfassungsgerichtshofs und kündigte vor allem an, bei der nächsten Möglichkeit die personelle Zusammensetzung dieses Gremiums zu ändern. Eine solche Politisierung mag zwar unschön sein, ist aber in manchen westlichen Demokratien durchaus üblich.

Die öffentliche Meinung spielt in diesem Zusammenhang eine ambivalente Rolle. Immerhin sind seit Ende der 90er Jahre diejenigen, die der Ansicht sind, die Demokratie sei die beste Regierungsform, klar in der Mehrheit. Auch zwei Drittel der PiS-Anhänger teilen diese Auffassung.³⁷ Gleichzeitig hat sich die Zufriedenheit mit der konkret in Polen praktizierten Demokratie nach 2004 deutlich erhöht. Nach dem Wahlsieg der PiS näherte sich der Anteil der „Demokratiezufriedenen“ erstmals seit einem Jahrzehnt wieder dem der Unzufriedenen an. Dies bedeutet, dass sowohl die diskreditierten Regierungen in der Schlussphase der SLD-Ära als auch die Machtpolitik der PiS-Regierungen keinen nachteiligen Einfluss auf die Einschätzung der Demokratie im eigenen Land nahmen. Unabhängig von der Wahrnehmung ihrer politischen Leistung und ihrem Regierungsstil sind polnische Regierungsparteien also offensichtlich in der Lage, eine positive subjektive Beurteilung des Zustands der polnischen Demokratie zu erzeugen.

Was deutet sich aber, wenn von Tendenzen zu einer defekten Demokratie keine Rede sein kann, in Polen an? Werden die gegenwärtigen Trends extrapoliert, so könnte sich eine Form von antagonistischer Demokratie etablieren. Eine solche zumindest scheint dem Demokratieverständnis und der Art der Machtausübung der PiS-Führung zu entsprechen. Sie kennzeichnet auf jeden Fall die Neigung zu einem stark polarisierten Politikstil, bei dem die politische Konkurrenz eher als Feind und weniger als Gegner empfunden wird, und eine Tendenz zur Machtkonzentration in den Führungsinstanzen der Exekutive. Auf einer Wir-Ihr-Dichotomie fußend, richtet sie sich eindeutig am Majoritätsprinzip politischer Regelsetzung aus und stellt folglich konsensorientierte Entscheidungsregu-

34 Korporacje zamknięte, a czas mija. In: Gazeta Wyborcza vom 14.11.2006.

35 Jaki ma być zakres działalności komisji śledczych. In: Gazeta Wyborcza vom 22.9.2006.

36 Kaczyńskiego potyczki z Trybunałem. In: Rzeczpospolita vom 25.3.2006.

37 Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS vom Februar 2006: Blaski i cienie demokracji w Polsce, Komunikat z badań 57/2006, Warszawa April 2006 (http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2006/K_057_06.PDF).

lierung hintan. Während elektorale Alternanz, Gewaltenteilung und Parlamentarismus, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte nicht hinterfragt werden, könnte es zu partiellen Durchbrechungen der „liberalen Kunst der Separation“ kommen: Die sensiblen Demarkationslinien zwischen Politik und Zivilgesellschaft, zwischen einzelnen Ebenen und Zweigen des Regierungshandelns und der Staatsgewalt, Wirtschaft und Staat könnten zumindest punktuell überwunden werden.³⁸ Zusammengefasst bedeutet dies: Die IV. Republik, sollte sie denn kommen, wäre keine Vorphase eines autoritären Regimes, sondern eine polarisierte Mehrheitsdemokratie.

38 Vgl. dazu Grahame F. Thompson, *Toleration and the Art of International Governance: How is it Possible to 'Live Together' in a Fragmenting International System?* In: Jean Hillier/Emma Rooksby (Hg.), *Habitus: A Sense of Place*, Aldershot 2002 (digitale Version), S. 11, http://www.open.ac.uk/socialsciences/staff/gthompson/pdf/toleration_art_international_governance.pdf.